





Better Migration Management (BMM) Programm in Uganda

Genereller Kontext

Ugandas Bevölkerung zählt zu den am schnellsten wachsenden und jüngsten der Welt. Etwa die Hälfte der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt und fast 80% sind unter 30. In Folge fehlender Beschäftigungsperspektiven verlassen viele das Land, vor allem Menschen. Nach Schätzungen junge ugandischen Regierung wanderten im Jahr 2022 rund 85.000 Ugander*innen auf der Suche nach Arbeit in die Golfstaaten aus. Zwar gibt es Maßnahmen und Regularien zur Förderung sicherer Arbeitsmigration, doch zeigt eine Studie der internationalen Consultingfirma ICF und Markerere Universität, dass 89% der ugandischen Arbeitsmigrant*innen Bedingungen ausgesetzt sind, die auf Zwangsarbeit hindeuten. Dies umfasst unzumutbare Lebens- und Arbeitsbedingungen und die Anwerbung mit betrügerischen Mitteln und auf illegalem Wege (Respondent-Driven Sampling, Study of Ugandan Labor Migrants in the Middle East; Global Fund to End Modern Slavery, Global Fund to End Modern Slavery, 2021).

Uganda ist Herkunfts-, Transit- und Zielland für Migrant*innen. Mit 1,7 Millionen Geflüchteten und Asylsuchenden ist es das größte Aufnahmeland

Better Migration Management Horn of Africa



Afrikas (UNHCR, 2023). Um die Integration Zugezogener zu fördern, bestehen fortschrittliche nationale Richtlinien. Gleichzeitig stellt der fortlaufende Zuwachs an Geflüchteten und Migrant*innen das Land vor große Herausforderungen. Hinzu kommt eine beträchtliche Binnenmigration, verursacht unter anderem durch Naturkatastrophen, Klimawandel,

Implemented by











Armut und begrenzte Perspektiven . Damit steigt das Risiko, Opfer von Menschenhandel zu werden.

Uganda hat erste Schritte unternommen, um gegen Menschenhandel vorzugehen, darunter die Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (United Nations Convention Against Transnational Organized Crime, UNTOC) im Jahr 2005, und die Verabschiedung desPrevention of Trafficking in Persons Act (PTIP) im Jahr 2009 und der entsprechenden Verordnungen im Jahr 2019, die als Vorbild für andere Länder dienen. Die Umsetzung Verordnungen wird durch das dem Innenministerium zugeordnete Coordination Office for the Prevention of Trafficking in Persons (COPTIP) und die nationale Task-Force zur Prävention von Menschenhandel beaufsichtigt. Letztere setzt sich zusammen aus Vertreter*innen zuständiger Ministerien und Behörden, zivilgesellschaftlicher Organisationen (Civil Society Organisations, CSOs) sowie UN-Organisationen und internationaler Programme.

Trotz der Fortschritte bei der Förderung einer sicheren, geordneten und regulären Migration, fehlt es noch an umfassenden rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. Das Better Migration Management (BMM) Programm unterstützt die Regierung Ugandas bei der Entwicklung und Verbesserung der nationalen Migrationspolitik, des rechtlichen Rahmens und der Förderung eines regionalen Migrationsmanagements.

Ansatz und Aktivitäten von BMM

Übergreifendes Ziel des Programms ist es, nationale und Institutionen Behörden im Rahmen eines menschenrechtsbasierten Ansatzes befähigen, Migration sicher, geordnet und regulär zu gestalten sowie Menschenhandel und schmuggel in und aus der Region am Horn von Afrika entgegenzuwirken. Hier arbeitet BMM in drei ineinandergreifenden Bereichen: Migrations-Governance, die Stärkung von Institutionen Bekämpfung von Menschenhandel wirksamen und -schmuggel, sowie der Schutz von vulnerablen Migrant*innen.

BMM verfolgt einen regionalen und integrierten Ansatz für ein nachhaltiges Migrationsmanagement. Durch enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Projekten und internationalen Initiativen werden Synergien genutzt und Doppelungen vermieden.



Migrations-Governance

Mit Unterstützung von BMM hat das Innenministerium die National Migration Policy ausgearbeitet, die nun validiert wird. Darüber hinaus unterstützt BMM die Verwaltung der National Trafficking in Persons Database, mit Hilfe derer die Ermittlung und Strafverfolgung von Menschenhandel verbessert wird. Weiterhin wird COPTIP bei der Revision des National Action Plan for Prevention of Trafficking in Persons (NAP) 2019–2024 begleitet sowie bei der Koordination von Maßnahmen auf Bezirksebene gegen Menschenhandel.

Zudem arbeitet BMM mit lokalen Behörden, CSOs und COPTIP daran, eine Strategie zu entwickeln und umzusetzen, die zivilgesellschaftliche Organisationen stärkt und es Gemeinden ermöglicht, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Im Rahmen des Nationalen Koordinierungsmechanismus für Migration (*National Coordination Mechanism*, NCM), der dem Premierminister unterstellt ist, trägt BMM zur Förderung von Partnerschaften und Dialogen bei. Zudem unterstützt das Programm die Entwicklung, Validierung und Verbreitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung des *Global Compact for Migration*.

Daneben begleitet BMM die ugandische Regierung bei der Revision nationaler Gesetzgebungen und bei der Sondierung von Möglichkeiten zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum UNTOC, einschließlich des Protokolls zur Prävention, Bekämpfung und Bestrafung von Menschenhandel, insbesondere des Handels von Frauen und Kindern, und des Protokolls zur Bekämpfung der Schleusung von Migrant*innen auf dem Land-, See- und Luftweg.

Effektive Institutionen zur Bekämpfung von Menschenhandel und -schleusung

BMM verbessert die Wirksamkeit von Institutionen, die für die Umsetzung von Migrationspolitik und -gesetzgebung verantwortlich sind und stärkt die Zusammenarbeit zwischen Ersthelfer*innen, Strafverfolgungsbehörden, Staatsanwaltschaft und Justiz im Kampf gegen Menschenhandel und -schmuggel. In diesem Rahmen wird die Umsetzung und Einhaltung von Standardverfahren für die Ermittlung und strafrechtliche Verfolgung von Menschenhandel unter Aufsicht einer behördenübergreifenden Task-Force unterstützt. regionaler Ebene bringt BMM behördenübergreifende Taskforces aus verschiedenen BMM-Partnerländern zusammen, um die regionale und internationale Zusammenarbeit zu stärken. Außerdem werden die Partnerländer im Bereich Ermittlung und Rechtshilfe unterstützt, etwa im Rahmen der Arbeitsmigration in die Golfstaaten.

Darüber hinaus bietet das Programm maßgeschneiderte Schulungen für Ersthelfer*innen, Polizist*innen, Staatsanwält*innen und Justizbeamt*innen an, einschließlich Simulationstrainings zur Förderung behördenübergreifender Zusammenarbeit. BMM unterstützt auch den Schutz von Opfern von Menschenhandel, deren Zeugenaussagen in Ermittlungs- und Gerichtsverfahren einbezogen werden sowie das Fallmanagement in Zusammenarbeit mit dem Office of the Director of Public Prosecution (ODPP).

BMM fördert, dass Trainingsprogramme zur Ermittlung von Menschenhandel und -schmuggel in die regulären Lehrpläne der Ausbildungseinrichtungen der Polizei aufgenommen werden. Diese Trainings umfassen Strafverfolgung, Schutz von potenziellen und identifizierten Opfern von Menschenhandel und die Aufbereitung von Fällen für die Anklage. Zudem werden Strafverfolgungsbeamt*innen und Spezialeinheiten bei der Bekämpfung von Menschenhandel und anderer organisierter grenzüberschreitender Kriminalität unterstützt.

Gemeinsam mit dem Amt für Einbürgerung und Einwanderungskontrolle bildet BMM Trainer*innen im Bereich des integrierten Grenzmanagements aus und fördert, das die Themen Menschenhandel und schmuggel in die Schulungsprogramme der Immigration Training Academy integriert werden.

Darüber hinaus arbeitet BMM mit dem *Ministry of Gender, Labour and Social Development* (MGLSD) und der nationalen Menschenrechtskommission daran, Menschenrechtsverletzungen gegen Migrant*innen besser dokumentieren, melden und nachverfolgen zu können und die Rechte von Migrant*innen zu stärken. BMM hat die Gründung einer regionalen Arbeitsgruppe nationaler Menschenrechtsinstitutionen begleitet und unterstützt diese dabei, Lösungsansätze und Empfehlungen für einen besseren Schutz der



Familienzusammenführung: Kinder sind besonders gefährdet, Opfer von Menschenhandel zu werden, und bedürfen eines besonderen Schutzes im Sinne des Kindeswohles. (©GIZ/Onen)

Rechte von Migrant*innen zu entwickeln und diese in Entscheidungsprozesse einzubringen, wie etwa zu Alternativen zur Inhaftierung von Migrant*innen. Um die Hauptroute von Menschenhandel, den Luftweg, einzudämmen, unterstützt BMM den Flughafen Entebbe bei der Verbesserung betrieblicher Abläufe.

Schutz

BMM stärkt Verweismechanismen und daran angelehnte nationale Leitlinien. Es handelt sich hierbei um Anleitungen zur besseren Zusammenarbeit von Ersthelfer*innen, Polizist*innen, Grenzschützer*innen und weiteren Akteur*innen. Ziel ist es, Migrant*innen in Not und Opfer von Menschenhandel gezielt an Dienstleistungsanbieter zu verweisen, wo sie je nach Bedarf Schutz und Unterstützung erhalten, etwa Unterkunft, medizinische Versorgung, psychosoziale Betreuung und Rechtsbeistand. BMM fördert, dass diese Mechanismen und nationalen Leitlinien in allen Regionen Ugandas umgesetzt werden.

Auf regionaler Ebene dient das East and Horn of Africa Anti-Trafficking Network (EHAAT), dem rund 100 CSOs angehören, und das von BMM initiiert wurde. als Plattform für Austausch Kooperation. Die CSOs erhalten Schulungen, um ihre Dienste ausbauen zu können, die Verweisung von Migranten*innen besser zu koordinieren auch, um politische Empfehlungen erarbeiten. In Uganda werden die Aktivitäten des EHAAT Netzwerkes zusammen mit der Coalition Against Trafficking in Persons - Uganda (CATIP-U) gefördert.

Mit Unterstützung von BMM wurde zudem ein Webportal entwickelt, auf dem Schutzund Hilfsdienste aufgelistet sind.

In Zusammenarbeit mit der ugandischen Regierung und CSOs verbessert BMM die Angebote an Traumabehandlung, psychischer und psychosozialer Unterstützung, Unterkünften und die Sensibilisierung für geschlechtsspezifische Gewalt.

BMM stärkt außerdem Aktivitäten von CSOs, die einkommensfördernde Maßnahmen für Opfer von Menschenhandel, Migrant*innen und Rückkehrer*innen anbieten.

Zusammen mit der ugandischen Regierung, CSOs und dem Privatsektor unterstützt das Programm die Umsetzung von Richtlinien zum Schutz vor Ausbeutung von Migrant*innen im Erwerbssektor sowie

eine Plattform des MGLSD, die die Vermittlung an Arbeitsstellen koordiniert und verbessert.

Darüber hinaus unterstützt BMM COPTIP und CSOs bei der Sensibilisierung der Bevölkerung für sichere, geordnete und reguläre Migration. Dafür wurde unter anderem eine nationalen Kommunikationsstrategie entwickelt auf deren Grundlage Aufklärungs-Sensibilisierungskampagnen und durchgeführt werden, insbesondere in Bezirken und Grenzgemeinden, in denen Menschenhandel ein besonders großes Risiko darstellt.



Wirkungen (April 2016 – September 2023)



2.394 Vertreter*innen von staatlichen Behörden zur Verbesserung des koordinierten Managements von Migration und zur Stärkung nationaler Migrationspolitiken, Gesetzgebung und grenzüberschreitender Zusammenarbeit unterstützt.



69 Maßnahmen durchgeführt zum Kapazitäts aufbau für 1.503 Akteur*innen von Regierungsbehörden und Zivilgesellschaft in den Bereichen Strafermittlung und -verfolgung von Menschenhandel, integriertes Grenzmanagement und Überweisung von Migrant*innen an Schutzdienste.



Potentiell 35 Millionen Menschen durch öffentliche Informationsveranstaltungen zu Menschenhandel und Migrantenrechten erreicht.

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für

Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn, Deutschland

Projekt

Better Migration Management Programm Rue de la Charité 33 / Liefdadigheidsstraat 33 1210 Bruxelles/Brussels, Belgique/België

Marina Mdaihli, Programmdirektorin Kontakt

E-Mail: Marina.Mdaihli@giz.de GIZ Internetseite

Phase III INTPA Internetseite Phase II EUTF Internetseite Phase I EUTF Internetseite

Kontakt

BMM Büro Uganda, Simone Macbeth Forbes

Simone.Macbeth@giz.de

Design/Layout GIZ/Ira Olaleye

Diese Publikation ist finanziert von der Europäischen Union (EU) und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Der Inhalt liegt in der alleinigen Verantwortung der GIZ und gibt nicht notwendigerweise die Meinung der EU und des BMZ wieder.

Erscheinungort und -jahr

Februar 2024, Brüssel